



Galerie Agora,
Rue du Marché aux Herbes 105, Bte 11
B-1000 Brussels
Telephone +32 2 285 46 60
Fax +32 2 280 08 17
Email: etf@etf-europe.org
www.etf-europe.org

European Transport Workers' Federation
Fédération Européenne des Travailleurs des Transports
Europäische Transportarbeiter-Föderation
Federación Europea de los Trabajadores del Transporte

ETF-Straßentransport

Die Warschauer Erklärung

Die Europäische Transportarbeiter-Föderation und ihre Mitgliedsorganisationen

**Fordern die Europäische Kommission, das Europäische
Parlament und die EU-Mitgliedstaaten auf,**

**Eine Straßeninitiative zu verabschieden, um Sozialdumping
und unlauteren Wettbewerb im EU-Kraftverkehrssektor
wirksam zu bekämpfen.**

Die ETF vertritt über 3,5 Millionen Transportarbeiter aus mehr als 230 Transportgewerkschaften und 41 europäischen Ländern in folgenden Sektoren: Straßentransport, Eisenbahn, Seeverkehr, Binnenschifffahrt, zivile Luftfahrt, Häfen, Tourismus und Fischerei. Die ETF ist der anerkannte Sozialpartner in sieben Ausschüssen für den europäischen sektoralen Sozialdialog, darunter der für den Straßentransport.

Die Europäische Transportarbeiter-Föderation (ETF) und ihre Mitgliedsorganisationen

Vertreten 3,5 Millionen Transportarbeiter aus 41 europäischen Ländern, einschließlich Bus-Reisebus- und Lkw-Fahrer;

Teilen die Kernwerte und Grundsätze des sozialen Europas, vor allem einen fairen Transport für alle, gleicher Lohn für gleiche Arbeit von gleichem Wert, menschenwürdige und rechtmäßige Arbeitsbedingungen für Transportarbeiter, Einhaltung von Gesetz und Tarifverträgen;

Sitzung in Warschau am 4.-5. April 2017:

Unter Berücksichtigung der von Jean-Claude Juncker am 15. Juli 2014 vor dem Europäischen Parlament geäußerten politischen Leitlinien für die nächste Europäische Kommission¹, in denen er zu verstehen gibt „*Wir müssen Sozialdumping bekämpfen und das werden wir auch tun*“, sowie unter Berücksichtigung seiner Verpflichtung zu einer gezielten Überarbeitung der Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie, „*um sicherzustellen, dass es für Sozialdumping keinen Platz in der Europäischen Union gibt*“;

Unter Berücksichtigung der durch den Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, in der gleichen Stellungnahme geäußerten Verpflichtung, dass „*In unserer Union die gleiche Arbeit am gleichen Ort auf die gleiche Weise entlohnt werden sollte*“;

Unter Berücksichtigung der erst am 15. März 2017 von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten unterzeichneten Erklärung von Rom, in der die Vision für das zukünftige Europa 60 Jahre nach dessen Schaffung vorgegeben und vor allem die Verpflichtung der Mitgliedstaaten bekräftigt wird, „*auf ein soziales Europa... hinzuarbeiten,... das wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie Zusammenhalt und Konvergenz fördert... die Gleichstellung von Mann und Frau... Rechte und Chancengleichheit für alle;... das Arbeitslosigkeit, Diskriminierung, soziale Ausgrenzung und Armut bekämpft*“;

Unter Berücksichtigung der über die letzten drei Jahre hinweg beharrlich von Verkehrskommissarin Violeta Bulc erklärten Absicht, wonach die Europäische Kommission eine Rechtsetzungsinitiative für den Kraftverkehr vorschlagen wird – eine so genannte Straßeninitiative – mit der wirksam gegen Sozialdumping und unlauteren Wettbewerb in dem Sektor vorgegangen werden soll;

Unter Berücksichtigung des erklärten Ziels der Straßeninitiative, lediglich zu vereinfachen, zu verdeutlichen und den Vorschriften zu mehr Durchsetzbarkeit zu verhelfen;

Unter Berücksichtigung von Artikel 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der eine sichere Freizügigkeit für Arbeitnehmer in der Europäischen Union garantiert, einhergehend mit der „Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit

¹ „Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel - Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission“, Rede zur Eröffnung der Plenartagung des Europäischen Parlaments durch Jean-Claude Juncker



beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen“;

Unter Berücksichtigung der kritischen Situation des EU-Kraftverkehrssektors hinsichtlich der Einhaltung der Beschäftigungs- und Sozialrechte der Kraftfahrer, mit Blick auf den Wettbewerb unter Kraftverkehrsunternehmen, bezüglich betrügerischer Systeme und Machenschaften, die u.a. über die weit verbreiteten Briefkastenfirmen orchestriert werden;

Wohingegen die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen unlängst von der Reihe konkreter Maßnahmen der Europäischen Kommission erfahren haben, die in die Straßeninitiative aufgenommen werden sollen, zu 100 Prozent marktorientiert sind und keinerlei Maßnahmen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kraftfahrer enthalten;

Wohingegen die für die Straßeninitiative geplanten Maßnahmen der Europäischen Kommission es versäumen, den von der ETF unterbreiteten konkreten Vorschlägen hinsichtlich Kobotage, Berufszugang und besserer Durchsetzung der Rechtsvorschriften im Kraftverkehr Rechnung zu tragen;

Wohingegen die Maßnahmen der Europäischen Kommission es versäumen, den prekären Charakter der Arbeitsplätze im Bus-, Reisebus- und Güterkraftverkehr aufzugreifen, auf den aktuellen Stand der Ermüdung der Fahrer einzugehen, den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit in dem Sektor zu verbessern;

Wohingegen die beabsichtigten Maßnahmen der Europäischen Kommission einem Angriff auf die Sicherheit der Fahrgäste und die Sicherheit der Straßenverkehrsteilnehmer in Europa gleichkommen;

Wohingegen die beabsichtigten Maßnahmen der Europäischen Kommission in vollem Widerspruch stehen zu a) den durch Jean-Claude Juncker, den Präsidenten der Europäischen Kommission, in den oben zitierten politischen Leitlinien der Europäischen Kommission eingegangenen Verpflichtungen; b) der von den EU-Mitgliedstaaten in der Erklärung von Rom vorgegebenen Vision der Zukunft Europas; c) den in Artikel 45 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegten Werten und Grundsätzen; d) den von der GD MOVE eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich des Ziels und der Ausrichtung der Straßeninitiative;

Wohingegen die Europäische Kommission trotz Berichten der Gewerkschaften und einiger Mitgliedstaaten über Briefkastenfirmen bislang keinerlei Schritte dagegen unternommen hat;

Wohingegen große Unternehmen alleine aus dem Grund der Ausbeutung lokaler Arbeitskräfte Tochtergesellschaften in Niedriglohn-Mitgliedstaaten haben und weiterhin eröffnen;



Wohingegen das Ausflagen von Unternehmen und die Umgehung der Gesetze allen Mitgliedstaaten großen Schaden in Form verlorener Einnahmen aus Sozialbeiträgen und Steuern zufügen;

Wohingegen die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen die Initiativen des Europäischen Parlamentes begrüßen, die Notwendigkeit einer robusten Straßeninitiative aufzuzeigen, mit der Sozialdumping, die dürftige Durchsetzung der Rechtsvorschriften und unlauterer Wettbewerb wirksam angegangen werden;

Wohingegen die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen die Initiative der Straßen-Allianz der neun europäischen Länder begrüßen, die den Versuch unternehmen, die Würde der Berufskraftfahrer, ein Klima der Regelbefolgung und des lautereren Wettbewerbs in dem Kraftverkehrssektor wiederherzustellen;

Wohingegen die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen die unbegründeten, von der Europäischen Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegen jeden an der Durchsetzung von EU-Recht und an der Bekämpfung von Betrug und Sozialdumping im Kraftverkehr beteiligten Mitgliedstaat verurteilen;

Wohingegen die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen die Befolgung der Gesetze und die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte als Grundvoraussetzung für das gute Funktionieren des Binnenmarktes begreifen;

Die ETF und ihre Mitgliedsorganisationen:

Fordern die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Verpflichtungen gegenüber den europäischen Bürgern einzuhalten, darunter 2,8 Millionen Berufskraftfahrer, und wieder ein echtes soziales Europa für die Menschen auf der Grundlage von sozialem Fortschritt, Gleichbehandlung, hochwertigen und sicheren Arbeitsplätzen aufzubauen;

Fordern die Europäische Kommission auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen und eine Straßeninitiative aufzulegen, die auf eine Vereinfachung und Verdeutlichung der EU-Rechtsvorschriften für den Sektor abzielt, damit diese durchsetzbar werden, während sie gleichzeitig die in jedem einzelnen für den Kraftverkehr geltenden EU-Rechtsakt erklärten Politikziele erfüllen (z.B. die erklärten Ziele der EU-Verordnung über Lenk- und Ruhezeit sollen lautereren Wettbewerb und die Straßenverkehrssicherheit gewährleisten und die Arbeitsbedingungen der Kraftfahrer verbessern, und jeglicher Abänderungsvorschlag zu diesen Vorschriften muss diesen Zielen genügen);

Fordern die Europäische Kommission auf, Verantwortungsbewusstsein, Führungsstärke und politischen Willen zu demonstrieren, indem sie eine Initiative vorlegt, mit der Verzerrungen auf den Arbeits- und Transportmärkten der EU-Mitgliedstaaten sowie dem Wettbewerb anhand illegaler Ausnutzung der Lohnunterschiede in Europa ein Ende bereitet wird;



Fordern die Europäische Kommission auf, die konkreten Vorschläge der ETF in die Straßeninitiative aufzunehmen, da diese Vorschläge eine bessere Durchsetzung, eine bessere Sicherheit für die Kraftfahrer, Fahrgäste und Straßenverkehrsteilnehmer sowie gleiche Ausgangsbedingungen für die Unternehmen garantieren;

Fordern die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, sämtlichen Ausnahmeregelungen von den EU-Vorschriften, die eine weitere Gefährdung für die Sicherheit der Kraftfahrer, Fahrgäste und Straßenverkehrsteilnehmer darstellen könnten, ein Ende zu bereiten;

Fordern die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, Scheinselbständigkeit zu bekämpfen und die selbständigen Kraftfahrer daher unter den gleichen Rechten und Arbeitsbedingungen, wie die angestellten Kraftfahrer zu belassen, und den gleichen Rechtsvorschriften zu unterliegen, um unlauteren Wettbewerb zu vermeiden und gleiche Ausgangsbedingungen in dem Sektor sicherzustellen;

Fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, bei der aktiven Verteidigung der Würde hunderttausender Berufskraftfahrer, die Opfer von Sozialdumping sind, geschlossen aufzutreten;

Fordern die EU-Mitgliedstaaten zur aktiven Zusammenarbeit auf, um lauterer Wettbewerb im Kraftverkehr durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Briefkastenfirmen zu fördern, da diese gleichermaßen rechtskonforme lokale Kraftverkehrsunternehmen und die Kraftfahrer gefährden;

Fordern die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission auf, die Tatsache anzuerkennen, dass im Zentrum des lauterer Wettbewerbs die Verbesserung der Arbeitnehmerrechte steht, und unter keinen Umständen das gegenseitige Auspielen der Transportarbeiter.

**In einem Sozialen Europa kann die Wettbewerbsfähigkeit im Binnenmarkt
nicht auf der Ausbeutung seiner Bürger beruhen!**

Warschau, 5. April 2017

